Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft

Herausgeber: Wechselwirkung

Band: 10 (1988)

Heft: 39

Artikel: Für eine verantwortungsbewusste und demokratische Zukunftsgestaltung

Autor: Breit, Ernst

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-653231

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 31.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Für eine verantwortungsbewußte und demokratische Zukunftsgestaltung

von Ernst Breit

Soziale, ökologische und ökonomische Folgen der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien sind seit langem Gegenstand politischer Kontroversen. Neokonservativen Kräften geht es dabei um die beschleunigte gesellschaftliche Durchsetzung neuer Technologien. Aus ihrer Sicht stellt die Koppelung technischer Basisinnovationen – wie der Mikroelektronik, der Glasfasertechnik oder der Gentechnik – mit den betriebswirtschaftlichen Interessen der Unternehmen ein Allheilmittel dar gegen Investitionslücken und Wachstumsschwächen, gegen Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung. In der gegenwärtigen Wirtschafts- und Technologiepolitik zeigen sich – nicht nur in der Bundesrepublik – die Folgen dieser Auffassung: Die Politik konservativer Regierungen befolgt eine Strategie zur Beschleunigung der Entwicklung und Anwendung neuer Produkte und Produktionsverfahren. Zu diesem Zweck – so die regierungsamtliche Begründung – soll das Beschäftigungssystem befreit werden von seinen sozialstaatlichen »Fesseln«; gleichzeitig wird die Forschungs- und Technologiepolitik immer stärker den rein wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen ausgesetzt. Kurz: Unternehmerisches Handeln, das auf die Umsetzung technischer Innovationen gerichtet ist, wird im Rahmen neokonservativer Politik zum alleinigen Motor gesellschaftlicher Entwicklung und Veränderung gemacht.

Gegenwartsbewältigung und Zukunftsgestaltung dürfen nicht allein den Unternehmen überlassen bleiben!

Aus der Sicht der Gewerkschaften gibt es gute Gründe dafür, den neokonservativen Fortschrittsprojekten eine klare Absage zu erteilen. Ein erster Grund dafür liegt in der Verlagerung der Problembewältigung, die mit dem Vordringen des konservativen Fortschrittsoptimismus einhergeht. Im Zuge neokonservativer Politik wird, wie der Sozialwissenschaftler Ulrich Beck in seiner Studie über die »Risikogesellschaft« treffend herausgearbeitet hat, die Gestaltung der Zukunft weitgehend aus dem politischen System herausgenommen und in die Forschungslabors und Vorstandsetagen von Unternehmen verlagert. Bereits heute werden mehr als 37 v.H. der Forschungs- und Entwicklungsausgaben der bundesdeutschen Wirtschaft von nur acht Unternehmen aufgebracht. *»Die Schaffung einer Zukunftsgesellschaft«*, so schreibt Beck, *»werde nicht mehr durch die parlamentarischen Debatten und neue Gesetze erwartet, sondern durch die Umsetzung von Mikroelektronik, Gentechnologie und Informationsmedien«*.

Die technologischen Heilserwartungen neokonservativer Politik geben noch aus einem anderen Grund Anlaß zu gewerkschaftlicher Kritik: Die negativen Folgen des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts sollen mit einer Politik zur Beschleunigung eben dieses Fortschritts bekämpft werden. Dabei wird ignoriert, daß die sozialen und ökologischen Folgen des Fortschritts zunehmend dessen eigene Voraussetzungen gefährden.

Deutlich wird dies nicht nur an der wachsenden Beeinträchtigung und Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Deutlich wird dies auch an dem in zahlreichen Umfragen und Untersuchungen nachgewiesenen Unbehagen und der Kritik am technisch-wissenschaftlichen Fortschritt. Die Schlußfolgerung daraus liegt auf der Hand: Der konservative Traum von einer weiteren Machbarkeit moderner Hochtechnologie verfügt über keine ausreichenden legitimatorischen Grundlagen!

Umweltzerstörung und Technikkatastrophen lassen nicht nur die einseitig an wirtschaftlichen Interessen orientierten Bemühungen um eine weitere Perfektion der Naturbeherrschung fragwürdig werden. Sie zeigen auch, daß das Risikopotential moderner Technologien für Individuum, Gesellschaft und Natur keineswegs nur falschen oder unzulässigen Technikanwendungen zuzuschreiben ist. Zum Teil liegen diese Risiken in der Technik selbst begründet. Die Schlußfolgerungen daraus sind eindeutig: Es sind nicht die Folgen des technisch-wissenschaftlichen Wandels, die es zu gestalten gilt, es ist vielmehr der technisch-wissenschaftliche Wandel selbst, der gestaltet werden muß.

Die Abschätzung und Bewertung von Technikfolgen – ein unverzichtbares Element verantwortungsbewußter und demokratischer Technologiepolitik

Die Erkenntnis, daß technischer Fortschritt mit sozialem und ökologischem Fortschritt nicht automatisch einhergeht, haben die Gewerkschaften nicht nur zur Kritik an einer Forschungs- und Technologiepolitik veranlaßt, die die Wechselbeziehungen zwischen Arbeit und Technik vernachlässigt. Die Gewerkschaften des DGB fordern darüber hinaus, daß neue Technologien künftig umfassend auf ihre Vor- und Nachteile, auf soziale Folgen sowie auf mögliche Alternativen hin geprüft werden. Ein Mittel dazu stellt die Abschätzung und Bewertung von Technikfolgen dar. Eine solche Abschätzung und Bewertung von Technikfolgen, also Untersuchungen über erwünschte sowie über unerwünschte soziale, ökologische und wirtschaftliche Wirkungen neuer Technologien, muß zu einem Zeitpunkt erfolgen, an dem die technische Entwicklung für Alternativen noch offen ist.

Konservativen Kräften in Politik und Wirtschaft ist es bisher gelungen, eine Einrichtung zur Technikfolgen-Abschätzung (TA) – wie sie der DGB in Form eines Instituts »Arbeit und Technik« fordert – zu verhindern. Durch die erst kürzlich fehlgeschlagenen Bemühungen, den Bundestag zu einer parlamentarischen Institutionalisierung einer TA-Einrichtung zu veranlassen, ist im internationalen Vergleich das politische Planungs- und Steuerungssystem in der Bundesrepublik in einen Rückstand geraten. Dadurch wird zugleich auch die Ausschöpfung sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Chancen neuer Technologien erschwert. Mehr noch: Wer umfassende Maßnahmen zur Abschätzung und Bewertung von Technikfolgen verhindert, macht unerwünschte Folgen sowie Risi-

ken neuer Technologien der Gegenwart zu den sozialen, ökologischen und politischen Altlasten der Zukunft.

Vor diesem Hintergrund den Bemühungen um eine TA-Einrichtung weiterhin eine Absage zu erteilen, bedeutet nicht nur, die in der jüngsten Vergangenheit deutlich gewordenen Demokratiedefizite in der Forschungs- und Technologiepolitik zu zementieren. Es bedeutet zusätzlich auch, für die Zukunft zu verhindern, daß über die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen hinaus zugleich auch die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Gesellschaft als ganzer bei technologiepolitischen Entscheidungen Berücksichtigung finden.

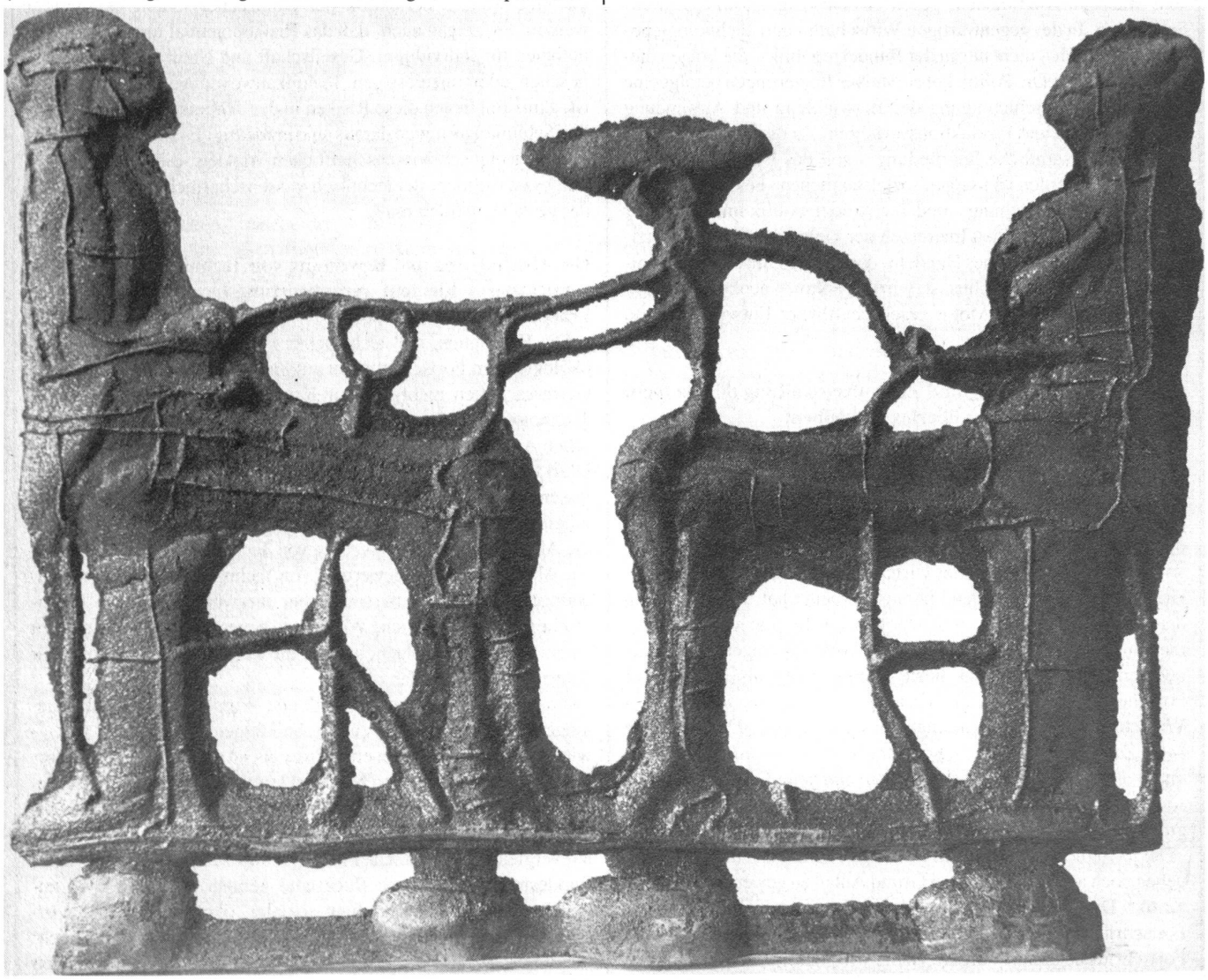
Die soziale Gestaltung von Arbeit und Technik erfordert das kritische Engagement der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in technisch-wissenschaftlichen Berufs- und Tätigkeitsfeldern

Aus der Sicht des DGB geht es bei den Auseinandersetzungen um die Schaffung einer TA-Einrichtung vor allem darum, die Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie auch auf dem Feld der Forschungs- und Technologiepolitik unter Beweis zu stellen. Dazu bedarf es eines nachhaltigen politischen Engagements gegen die große Koalition der TA-Verhinderer in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Im Engagement gegen diese Kräfte, die einer Verharmlosungsforschung und der Förderung von Akzeptanzstrategien das Wort reden, kommt zweifellos einem Diskussionsforum für den Austausch von Erfahrungen, für Informationen und Analysen über die gesellschaftlichen Bedingungen und Auswirkungen der Produktion des Fortschritts und seiner Perspektiven eine große Bedeutung zu.

Aus der Sicht gewerkschaftlicher Angestelltenpolitik und gewerkschaftlicher Technologiepolitik gilt dies sowohl für die Auseinandersetzung mit den Arbeitsbedingungen und der beruflichen Praxis von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Technikern als auch für Fragen nach den Auswirkungen der Technik, nach Gestaltungsspielräumen und nach Alternativen. Diese Sachverhalte wurden im Rahmen gewerkschaftlicher Politik nicht immer ausreichend berücksichtigt. Daß dies mittlerweile anders geworden ist, liegt nicht nur an den Herausforderungen des technischen Wandels. Es liegt auch an einer wachsenden Zahl engagierter und kritischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in technisch-wissenschaftlichen Berufs- und Tätigkeitsfeldern.

Ich hoffe sehr, daß diese Bereitschaft für eine kritische politische Diskussion und Praxis auch in Zukunft anhält und mit dazu beiträgt, gesellschaftlich wünschenswerte Technikentwicklungen anzustoßen und durchzusetzen. ♦

Ernst Breit ist Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes.



Lothar Fischer: »Sich gegenübersitzendes Paar«, Eisenrelief